

Kreisblatt für den Kreis Gießen.

Inhalts-Übersicht: Verkehr mit Lastkraftwagen. — Aus- und Durchfuhr von Pferden. — Personalausweis für Staatenlose. — Preise von Schlachtrindern. — Freigabe von Leder. — Verhütung von Waldbränden. — Kartoffelverförmung. — Nährmittel. — Verteilung von Leder. — 8. Kriegsanleihe. — Feldbereinigung Grünungen.

XVIII. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. IIIb. Tgb.-Nr. 3114/1059.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. Mil. Pol. Nr. 52 139/25 516.

Betr.: Verkehr mit Lastkraftwagen.

Verordnung.

Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimmen wir für den Befehlssbereich des 18. Armee-Korps und des Gouvernements Mainz, daß bei Benutzung von Lastkraftwagen unter 9 t Gesamtgewicht drei mit inelastischer Verriegelung versehene Anhänger bei 8 Kilometer Stunden-Geschwindigkeit mitgenommen werden dürfen.

Frankfurt a. M., den 9. März 1918.

Der Kommandierende General:

Riedel, General der Infanterie.

Mainz, den 9. März 1918.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bausch, Generalleutnant.

XVIII. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. IIIb. Tgb.-Nr. 5578/1126.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. Mil. Pol. Nr. 52 141/25 515.

Frankfurt a. M./Mainz, den 8. März 1918.

Betr.: Aus- und Durchfuhr von Pferden.

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Befehlssbereich des 18. Armee-Korps und des Gouvernements Mainz:

Die Aus- und Durchfuhr von Pferden im Sammelverkehr aus dem Befehlssbereich des 18. Armee-Korps und des Gouvernements Mainz nach Bayern, Württemberg und Sachsen ist verboten.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Der stellvertretende Kommandierende General:

Riedel, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bausch, Generalleutnant.

XVIII. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. IIIb. Tgb.-Nr. 4550/1087.
Gouvernement der Festung Mainz.
Abt. Mil. Pol. Nr. 52 140/25 514.

Frankfurt a. M./Mainz, den 9. März 1918.

Betr.: Personalausweis für Staatenlose und Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit.

Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 sowie der ergänzenden Ausführungsbestimmungen zur Befehlssordnung vom 21. Juni 1916 erster Abschnitt Ziffer II bestimmen wir:

Staatenlose und Personen mit zweifelhafter Staatsangehörigkeit haben sich für ihren Aufenthalt und ihre Bewegung im Befehlssbereich des 18. Armee-Korps und des Gouvernements Mainz mit einem Personalausweis als Bausatz zu versehen.

Zu widerhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Die Passbehörden werden zur Ausstellung von Personalausweisen an die genannten Personen allgemein ermächtigt.

Der stellv. Kommandierende General:

Riedel, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bausch, Generalleutnant.

Verordnung.

Aber die Preise von Schlachtrindern. Vom 15. März 1918.
Auf Grund des § 8 Abs. 2 der Verordnung über die Preise für landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ernte 1917 und für

Schlachtvieh vom 19. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 243) wird in Abweichung vom § 7 Abs. 1 Nr. 2 derselben Verordnung folgendes bestimmt:

Artikel 1. Bis auf weiteres darf beim Verlaufe von Schlachtrindern durch den Viehhalter der Preis für 50 Kilogramm Lebendgewicht bei ausgemästeten oder vollfleischigen Ochsen und Kühen über 7 Jahre, Bullen über 5 Jahre und angestrichelten Ochsen, Kühen, Bullen und Färsen jedes Alters (Klasse B) 80 Mark nicht übersteigen. Die bisherige Preisabstufung nach Lebendgewicht kommt in Wegfall.

Artikel 2. Diese Verordnung tritt am 18. März 1918 in Kraft.

Berlin, den 15. März 1918.

Der Staatssekretär des Kriegsernährungsamts
von Baldow.

Bekanntmachung.

Betr.: Freigabe von Leder für Sattler und für Brauner- und Buntreiter.

Um die Möglichkeit der sofortigen Ausführung keiner, sehr eiliger Ausbesserungen an Treibriemen und Ergänzungen an Pumpenmanschetten und dergl. zu sichern, gibt die Riemen-Freigabe-Stelle einer Anzahl von Sattlern und von Brauner- und Buntreitern gegen nachträgliche Abrechnung vierteljährlich je 5 Kilogramm Leder auf Bezugskarte frei. Im übrigen ist Material für Riemenausbesserungen ohne Bezugsschein aus dem nächsten Ausbesserungslager oder, wenn bei Lederriemen Stücke von mehr als 1,50 Meter erforderlich sind, gegen Bezugsschein der Riemen-Freigabe-Stelle bei den Verstellern des Verteilungsplanes zu beziehen. Im letzteren Falle sind Anträge (bei Landwirten unter Verwendung des vereinfachten Verfahrens Nr. 94) bei der Riemen-Freigabe-Stelle in Berlin 23 35, Potsdamer Straße 122a-b zu stellen.

Für den Kreis Gießen kommen in Betracht als Sattler Hdr. Hellwig in Diez und als Braunerreiter Hdr. Otto Eberhorn in Gungen, denen Leder für kleine Ausbesserungsarbeiten freigegeben worden ist. Bordsche geben wir auf Verlangen aus, sobald wir in Besitz derselben sind.

Gießen, den 23. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langemann.

Polizei-Verordnung.

Betr.: Verhütung von Waldbränden.

Mit Rücksicht auf die zurzeit bestehende Gefahr der Entzündung von Waldbränden wird auf Grund des Art. 65 der Kreis- und Provinzialordnung auf die Dauer von 4 Wochen folgendes bestimmt:

In Waldungen und auf Heiden, sowie in der Nähe von Waldungen und Heiden im Umkreis von 20 Metern ist auf die Dauer von 4 Wochen das Rauchen allgemein verboten.

Gemäß ist auf die gleiche Zeitdauer jedes Feueranzündens außerhalb von Gebäuden im Walde und Heide und im Umkreis von 20 Metern von Wald und Heide angesetzt.

Zu widerhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 90 Mark bestraft.

Die Ortspolizeibehörden werden angewiesen, die vorstehende Polizeiverordnung alsbald wiederholt zu veröffentlichen.

Gießen, den 22. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langemann.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerien des Kreises.

Vorstehende Polizeiverordnung ist ortsüblich bekanntzumachen, das Polizeipersonal, insbesondere die Feldschützen, haben die Durchführung zu überwachen und Zu widerhandlungen zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 22. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Langemann.

